

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 168. Ratssitzung vom 27. März 2013

3780. 2012/338

Postulat von Urs Fehr (SVP) und Heinz Schatt (SVP) vom 12.09.2012: Effizientere Bewirtschaftung der Bootsplätze und Bojen im Zürcher Seebecken

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Urs Fehr (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3075/2012): Es gibt ungefähr 2100 Bootsplätze und etwa 1200 Anwärter auf Bootsanlegeplätze im Zürcher Seebecken. Die Warteliste ist auf zwanzig Jahre ausgelegt. Es sind viele Bojen unbesetzt. Dort sollte die Seepolizei einmal kontrollieren und denen die Bojen wegnehmen, die sie das ganze Jahr über nicht benutzen. Würde man zudem die Bojen allgemein ein wenig geschickter anbringen, könnte man hier eine zusätzliche Verbesserung herbeiführen. Wenn sie ein grösseres Boot haben, gibt es auf dem Stadtzürcher Gebiet keine Möglichkeit, zu einem Platz zu kommen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Wir haben es hier mit einem beschränkten Angebot und einem klaren Nachfrageüberhang zu tun. Wir können die Bojen nicht besser arrangieren. Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) bestimmt im Kanton die Bojenplätze und diese sind nicht vermehrbar. Das AWEL achtet sehr stark darauf, dass die ökologischen Belastungen des Zürichsees nicht wachsen. Vom Kanton ist auch sehr genau vorgegeben, wie die Plätze zu bewilligen sind. Die Stadt hat dort geringen Handlungsspielraum. Die Seepolizei entzieht dennoch jährlich 20 bis 25 Bewilligungen, wenn die Boote nicht unterhalten werden oder die Plätze nicht gezahlt werden. Je grösser und breiter ein Schiff ist, desto länger muss man warten. Bei eher kleineren Booten sind die Wartefristen nicht so lang.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marc Bourgeois (FDP):** Ein Rotationsprinzip im Seebecken ist schwierig. Ich kaufe mir ein Boot und irgendwann ist kein Platz mehr. Man arbeitet vermutlich nach dem Kostenprinzip. Es gäbe aber auch die Möglichkeit, nach dem Äquivalenzprinzip die Plätze zu einem Marktpreis zu vergeben. Damit hätte man vielleicht schnell eine russische Flotte auf dem Zürichsee. Wir finden den Vererbungsprozess relativ altmodisch. Es soll jeder die gleichen Chancen auf einen Bootsplatz haben und nicht weil der Vater einen Platz*

2 / 2

hatte, dieser dann automatisch an den Sohn weitergegeben wird. Auch die Untervermietung bietet ein starkes Potenzial für den Schwarzmarkt. Wir unterstützen den Vorstoss.

Marco Denoth (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Die Warteliste ist gut bewirtschaftet und transparent für die Anwärter auf einen solchen Standplatz. Die effizientere Bewirtschaftung ist vor allem aufgrund der engen kantonalen Vorgaben schwierig. Wir sehen aber Möglichkeiten. Schiffe, die durch mehrere Eigner genutzt werden, sollten schneller zu einem Platz kommen. Fahruntüchtige Schiffe sollten dagegen sehr schnell von einem Standplatz entfernt werden. Die Untervermietung ist heute schon nicht erlaubt, aber die Prüfung dieser Einhaltung sollte intensiviert werden.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Das Reglement könnte so geändert werden, dass nur die Bewohner der Stadt, die hier ihren Erstwohnsitz haben, überhaupt ein Anrecht auf ein Boot und einen Platz haben. Wir unterstützen den Vorstoss.*

Urs Fehr (SVP): *Die Stadt hat bisher ja noch nicht einmal versucht, ob es hier Handlungsspielraum gibt. Man stellt sich einfach auf den Standpunkt, dass der Kanton von vorneherein einschränkt. Die Textänderung der SP nehme ich gerne entgegen.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine bessere Bewirtschaftung der Bootsplätze inkl. Bojen im Zürcher Seebecken erzielt werden kann. Speziell sollen die Vorschriften über das Stationieren von Schiffen auf dem Gebiet der Stadt Zürich (747.110) so geändert werden, dass mehr Anreize bestehen, Schiffe gemeinsam zu nutzen und nicht mehr fahrtüchtige Boote schneller von den Standplätzen zu entfernen. Zudem soll geprüft werden, ob die Kontrolle zur Einhaltung der geltenden Vorschriften intensiviert werden kann- insbesondere, was die Untervermietung von Bootsplätzen betrifft.

Das geänderte Postulat wird mit 104 gegen 14 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat